

Was blüht Tigarenten-Deutschland?

Die Wählerinnen und Wähler haben sich entschieden. Doch wofür?

Wählerschelte ist immer unangebracht. Das hat manch einer vergessen, als er angesichts des Wahlausgangs der Bundestagswahl versuchte, die Fassung zurückzugewinnen. Auch die beliebte Teufel-an-Wände-Malerei ist unangebracht und zudem wenig hilfreich. Das haben zwar beide politischen Lager, so man sie überhaupt als solche identifizieren kann, vor der Wahl ausgiebig getan. Aber der Schluss, das von der FDP gern gemalte Schreckgespenst „Rot-Rot-Grün“ hätte die Wähler mehrheitlich für eine bürgerliche Alternative überzeugt, ist ebenso zu kurz gegriffen, wie sich nun alle Konturen des „schwarz-gelben Gottseibeius“ als so scharf erweisen werden, wie sie vor der Wahl gemalt wurden. Man muss das Wahlergebnis vorsichtig interpretieren und unterscheiden zwischen den Gründen, die die Wähler hatten, die SPD abzustrafen und die große Koalition abzuwählen, sowie jenen inhaltlichen Gründen, die im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Sicher ist die SPD von den Wählern nicht dafür bestraft worden, dass sie am Atomausstieg festhielt und ihn sogar beschleunigen wollte, sondern weil sie keine klare Aussage machte, in welcher Koalition sie ihre Ziele umsetzen wollte. Umgekehrt haben CDU, FDP und CSU nun die Pflicht, neben den sozialpolitischen Fragen auch wieder in Umweltschutzfragen neues Profil zu entwickeln.

Nun ja, einige Ausgangsbedingungen der neuen Koalition sprechen wohl klar gegen eine progressive schwarz-gelbe Umweltpolitik. Da wäre zum einen der Atomausstieg, der bei



Karikatur: Freimut Woessner

Licht betrachtet ja bisher nicht mehr und nicht weniger war als ein mit der Atomindustrie ausgehandelter Zeitplan für einen Ausstieg. Die Endlagerfrage ist weiter offen, auch die Zwischenlagerung gestaltet sich problematisch. Hinzu kommt, immer wieder in der Diskussion beiseitegeschoben: Auch

die Uranvorräte sind endlich. Um genau zu sein, es sind noch 2,73 Millionen Tonnen weltweit. Darüber, wie lange dieser Vorrat reicht, um Kernkraftwerke betreiben zu können, gibt es sehr unterschiedliche Zahlen. Je nachdem, wie viele Reaktoren welchen Typs man in die Rechnung einbezieht, kommt man auf

eine Frist zwischen 30 und 100 Jahren. Bei den derzeitigen Ausbauplänen für die Atomenergie besonders in Russland, der Ukraine, China, Indien und Pakistan dürfte dieser Zeitraum unabhängig von der Entwicklung neuer Reaktorentypen

Fortsetzung auf Seite 4

Kritik der Nachhaltigkeit

Warum die Zukunft der Menschheit nicht nur eine Frage von Emissionshandel und neuen Technologien ist

Der erste Bericht des Club of Rome sorgte 1972 für großes Aufsehen. Sein Titel war „Die Grenzen des Wachstums“. Das Forschungsteam um den US-Chemiker Dennis Meadows hatte anhand von mathematischen Modellen berechnet, dass das Wachstum von Weltbevölkerung und Wirtschaft relativ bald gegen die biophysischen Grenzen des Planeten stoßen würde. Ohne eine radikale gesellschaftliche Wende würde es im Laufe der nächsten hundert Jahre zu jenem katastrophalen Szenarium kommen, das Thomas Malthus bereits 1798 beschrieben hatte: Eine Bevölkerung, die exponentiell wächst und mehr verbraucht als die Umwelt hergibt, bringt sich irgendwann selbst um.

Zustand der Welt im Jahr 2009

Fast 40 Jahre sind vergangen und eine Menge Dinge haben sich inzwischen verändert - leider in die falsche Richtung. Seit 1972 hat die Weltbevölkerung um drei Milliarden Menschen zugenommen. Der Passagierluftverkehr hat sich nach Angaben der OECD in den USA mehr als verdreifacht, in der Europäischen Union sogar verzehnfacht. Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist dramatisch gestiegen. Die Zerstörung der Tropenwälder schreitet ungebremst voran.

Obwohl der Kalte Krieg seit 20 Jahren vorbei ist, haben die weltweiten Rüstungsausgaben wieder Rekordwerte erreicht, während eine Milliarde Menschen hungert (heute 178 Millionen mehr als 1990). Selbst in Deutschland galten 2005 rund elf Millionen Menschen (13,5 Prozent der Bevölkerung) als arm, obwohl das Bruttoinlandsprodukt fünf Mal höher als 1972 war. Dafür dürfen zwei Drittel der Bürger mehr konsumieren. Sind sie deshalb freier und glücklicher? Nicht unbedingt. Sie leiden oft unter Stress, müssen ständig „wettbewerbsfähig“ sein und sind in Bedürfnissen und sozialen Erwartungen gefangen, die es vor 40 Jahren nicht gab.

Natürlich gibt es auch Positives zu verzeichnen: Der Rhein ist wieder sauberer. Sonnen- und Windenergie boomen. BMW will aus der Formel 1 aussteigen und in umweltfreundliche Technologien investieren. Bush ist weg und Obama ist da. Erfreuliche Entwicklungen, die aber am globalen Ergebnis (noch) zu wenig ändern: Seit Jahrzehnten steuert die globalisierte Gesellschaft auf eine katastrophale Krise zu, die keinen Vergleich in der Geschichte hat.

Vor kurzem haben sich die G8 und die Schwellenländer darauf geeinigt, den globalen Temperaturanstieg in

diesem Jahrhundert bei maximal zwei Grad Celsius halten zu wollen. Grund zur Freude? Wohl kaum. Zwei Grad Celsius bedeutet einen ähnlichen Zustand wie in der Eiszeit - nur in die umgekehrte Richtung. Es könnte aber noch schlimmer kommen, denn die CO₂-Emissionen steigen weiter. In ihrem „Climate Change- Synthesis Report“ verkündeten prominente Klimaexperten im vergangenen Juni, dass eine durchschnittliche Temperaturzunahme von 2,4 Grad Celsius bereits unvermeidbar sei: Die Menschheit sollte sich auf den schlimmsten Fall einstellen, eine Aufheizung der Atmosphäre um 4

einen Konsumscheck von 500 Euro zu schenken. Dann gab es 2.500 Euro Abwrackprämie, wenn man einen neuen Wagen kaufte.

Wenn die chinesische Wirtschaft zum zweiten Quartal in Folge um acht Prozent wächst, dann macht das Hoffnung auf ein baldiges Ende der Rezession. Welche sozialen und ökologischen Kosten das Wirtschaftswachstum mit sich bringt, interessiert die Wenigsten.

Viele Staaten werden sich in den nächsten Jahren eher mit ihrer dramatischen Schuldenlast beschäftigen als mit der sozial-ökologischen Wende. Kalifornien macht es vor: Um den Bankrott

gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Man muss leider feststellen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte kaum eine Wirkung gegen nicht-nachhaltige Umtriebe entfaltet hat - wenn überhaupt, dann fungierte sie lediglich als verhaltenes Korrektiv. Dies hat verschiedene Gründe.

Heute schützt sich die gesellschaftliche Ordnung gegen ihre Überwindung nicht (nur) durch Überwachung, Repression und Ausschluss. In modernen „demokratischen“ Gesellschaften wird die Radikalität (im Sinne von: Probleme an den Wurzeln anpacken) entschärft, indem die Alternativen vereinnahmt werden. Durch Manipulation, Kommerzialisierung, Ökonomisierung, Professionalisierung oder Institutionalisierung werden die Kräfte des Wandels umkanalisiert, um den Status quo zu stützen. Diese Prozesse sind nicht immer bewusst und absichtlich, sondern ergeben sich oft durch vorhandene Strukturen.

Vor diesem Hintergrund muss auch die Nachhaltigkeitsdebatte kritisch betrachtet werden. Noch bevor der Nachhaltigkeitsbegriff irgendeine Wirksamkeit entfalten konnte, drohte er zu „Expertenlyrik“ zu verkommen. Die mächtige PR-Maschinerie von Regierungen und Großunternehmen tat den Rest: Sie schluckte den Begriff, kaute ihn durch, riss ihn aus dem Zusammenhang, verpackte ihn in Floskeln wie „nachhaltiges Wachstum“ und ließ diese durch die Massenmedien verbreiten. Das Ergebnis: Selbst der Chemiekonzern Bayer schmückt sich inzwischen mit „Nachhaltigkeitsberichten“.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ entstand auf der internationalen Bühne der Vereinten Nationen, genauer gesagt in der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED), auch Brundtland-Kommission genannt. In den letzten fast 40 Jahren hat es an internationalen Konferenzen und Absichtserklärungen sicher nicht gefehlt. Trotzdem sind die bisherigen Ergebnisse der internationalen Sozial- und Umweltpolitik mager - ein klarer Beweis dafür, dass sich radikale Forderungen nicht durch einen „Top-Down-Prozess“, also von oben nach unten, durchsetzen lassen.

1972 fand die erste UN-Umweltkonferenz in Stockholm statt und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) wurde gegründet. 1992 trafen sich die Regierungschefs bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Es herrschte damals die große Hoffnung, dass dem Kalten Krieg ein sozial-ökologisches Zeitalter folgen würde. Der Weg dahin wurde in der „Agenda 21“ beschrieben, das wichtigste Dokument,



Karikatur: Freimut Woessner

Grad Celsius.

Mit welchen Ressourcen werden wir einer solchen Herausforderung begegnen, sie gestalten oder umkehren? Noch heute werden 88 Prozent des globalen Primärenergiebedarfs mit fossilen Energieträgern gedeckt. Während die Wissenschaftler das Ende des Erdöls kommen sehen und eine Energieevolution fordern, geht die Internationale Energieagentur in ihrem „World Energy Outlook 2008“ von einer steigenden Energienachfrage aus, bei der sich die heutigen Trends unverändert fortsetzen. Im Jahr 2030 werde der Primärenergiebedarf 45 Prozent höher als heute sein. Da vier Fünftel davon durch fossile Quellen gedeckt würden, stiegen auch die weltweiten CO₂-Emissionen um 45 Prozent.

In der Tat wird in Flughäfen und Autobahnen weiter investiert, während die Autobranche neue Märkte erobert. Um die Wirtschaft anzukurbeln, werden die Verbraucher aufgefordert, noch mehr zu konsumieren. Im November 2008 schlug die SPD vor, allen Erwachsenen

zu vermeiden, lässt die achtgrößte Wirtschaft der Welt dutzende Naturparks schließen und soziale Leistungen für Arme und Alte streichen. Gleichzeitig haben sich amerikanische Bankmanager in wenigen Monaten 33 Milliarden Dollar Prämien ausgezahlt, nachdem ihre Banken durch Steuergelder gerettet worden waren.

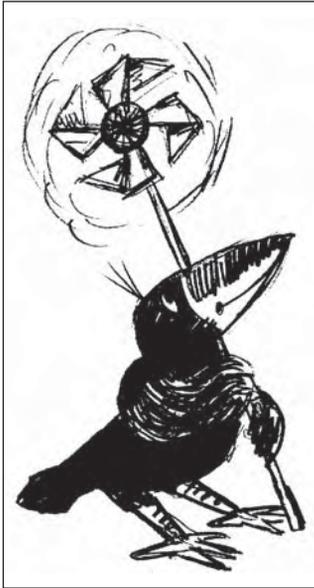
Die Nachhaltigkeitsdebatte und ihre Schwächen

Natürlich schaut nicht jeder passiv zu, wie die Welt allmählich untergeht. In Wissenschaft und Zivilgesellschaft findet zum Beispiel eine rege Debatte über Alternativen statt, oft unter dem Dachbegriff der Nachhaltigkeit.

Die verbreitetste Definition von Nachhaltigkeit kommt aus dem sogenannten Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987: „Nachhaltig ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu

das in Rio verabschiedet wurde.

Der großen Hoffnung folgte eine tiefe Enttäuschung. Anstelle der globalen Kooperation kam der globale Wettbewerb. Eine flächendeckende Privatisierung ersetzte vielerorts das Gemeinwesen und die Solidarität. Den Demokratien wurden wichtige Steuerungshebel entzogen zugunsten der Deregulation der Wirtschaft. Während der Prozess der neoliberalen Globalisierung von G7 und Welthandelsorganisation (WTO) in einem schwindelerregenden Tempo vorangetrieben wurde, waren 1997 unglaubliche Bemühungen in Kyoto nötig, um die entscheidende Klimakonferenz vor dem Scheitern zu retten. Aus dem sehr bescheidenen Kyoto-Protokoll stiegen später die USA aus, die größte CO₂-Schleuder weltweit. Bis heute wurde der Vertrag nur von wenigen Unterzeichnern konsequent umgesetzt.



Im Jahr 2000 verabschiedete die UNO in feierlicher Stimmung die sogenannten Millenniumsziele. Die internationale Gemeinschaft wollte zum Beispiel die weltweite Armut und den Hunger bis zum Jahr 2015 halbieren: Davon sind wir immer noch sehr weit entfernt.

Über die Rio+10-Konferenz von 2002 in Johannesburg spricht heute keiner mehr: Sie geriet in den Schatten des 11. September.

Nachdem die umweltpolitischen Verhandlungen der letzten Jahre meistens mit enttäuschenden Ergebnissen endeten, schaut nun die Welt nach Kopenhagen, wo am 7. Dezember die 15. Klimakonferenz beginnt.

Die drei wichtigsten Strategien

Ironie des Schicksals: Die nachhaltige Entwicklung fand bisher ihre größten Hindernisse genau dort, wo der Begriff entstand - nämlich oben. Einer Auseinandersetzung mit diesen Hindernissen weichen aber die vorherrschenden Nachhaltigkeitsstrategien aus. „Realistisch“ ist praktisch nur das, was einen offenen Konflikt mit Machtstrukturen und Geldgebern vermeidet.

Es kann deshalb nicht wirklich überraschen, dass die einflussreichste Nachhaltigkeitsstrategie immer noch jene des *Weiter so* ist: Die Beschaffung von Arbeitsplätzen, die Armutsbekämpfung oder der Umweltschutz setzen Wirtschaftswachstum voraus. Es riecht nach Ideologie, wenn die Ursachen als Lösung angepriesen werden.

Relativ einflussreich ist auch die *Effizienzstrategie*. Sie orientiert sich am Mythos des technologischen Fort-

schritts und betrachtet die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft als beständige Tatsache. Das Problem sei nicht, dass Unternehmen Profit schlagen oder dass Massen fliegen wollen: Eine umweltschonende Wirtschaft ist nach dieser Strategie allein eine Frage der richtigen Technologie. Mit Drei Liter-Autos können die Menschen weiter fahren und ihre CO₂-Emissionen gleichzeitig senken. Mit Sonnen- und Windenergie kann die Wirtschaft weiterwachsen. Keiner muss auf irgendetwas verzichten, im Gegenteil. In seinem Buch „Faktor 4“, einem Klassiker der Effizienzstrategie, verspricht der Naturwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker „doppelten Wohlstand durch den halbierten Naturverbrauch“, wenn man 50 bewährte technische Lösungen konsequent umsetze. So einladend das Versprechen auch klingt, so schwerwiegend sind die Schwächen dieser Strategie.

Zum Beispiel: (a) Für die Anwendung neuer Technologien werden nicht-erneuerbare Ressourcen benötigt. Zum Teil sind sie nur in Spuren auf der Erde vorhanden; (b) Die Effizienzstrategie akzeptiert die Wachstumslogik, obwohl diese die Umweltvorteile der Effizienz mindert („Rebound-Effekt“); (c) Auch neue Technologien haben ökologische, soziale und kulturelle Auswirkungen, die nicht immer vorhersehbar sind.

Der Einsatz von effizienteren und umweltschonenden Technologien spielt auch bei der *ökologischen Modernisierung* eine wichtige Rolle. Dieser Ansatz geht aber weiter und zielt auf eine zusätzliche Ökonomisierung des Austausches mit der Umwelt: Nicht nur die natürlichen Ressourcen für die Industrie (Inputs) sollen einen „Preis“ haben, sondern auch die umweltschädlichen Emissionen (Outputs). Das Steuersystem soll ökologisch reformiert werden. Die CO₂-Emissionsrechte sollen wie Aktien gehandelt werden. Aber je mehr monetarisiert wird, desto höher ist der Stellenwert von Geld und Profit in unserer Gesellschaft. In einem Kontext der sozialen Ungleichheit bedeutet ökologische Modernisierung: Wer mehr Geld besitzt, hat mehr Macht und kann sich mehr leisten, zum Beispiel ein grünes Gewissen; Die Kosten werden auf die Schwächeren externalisiert - und die Vorteile auf die Stärkeren konzentriert.

Was die sozial-ökologische Wende schließlich bremst, ist die breite Überzeugung, dass man neoliberale Globalisierung und Nachhaltigkeit nebeneinander realisieren könne, als ob sie nichts miteinander zu tun hätten. Bei der Welthandelsorganisation (WTO) und bei den

UN-Umweltkonferenzen sind dieselben Regierungen vertreten. Im ersten Fall betrachten sie Umweltschutzmaßnahmen als störende Handelshemmnisse; im zweiten Fall beteuern sie hingegen ihre ökologischen Absichten. Einerseits setzt sich der Wirtschaftsminister für den Bau neuer Kohlekraftwerke ein, andererseits fördert der Umweltminister Maßnahmen für eine Reduzierung der CO₂-Emissionen. Genauso finden wir in der gleichen Tageszeitung die Nachricht über den steigenden Meeresspiegel und eine Seite weiter die Werbung einer Billigfluggesellschaft. Während die Finanzkrise immer mehr Familien erreicht, strahlt die ARD die Soap Opera „Geld.Macht.Liebe“ und natürlich die tägliche Live-Schaltung von der Frankfurter Börse aus.

Epochale Herausforderungen stehen uns bevor, aber im Westen ist es auffallend ruhig geworden: Keine öffentlich ausgetragenen Konflikte, keine großen politischen Proteste und keine revolutionären Kommunen. Der Konflikt zwischen nicht-nachhaltiger Entwicklung und nachhaltiger Entwicklung wird eher innerlich und privat geführt.

Neue Perspektiven gefragt

Es ist Zeit, dass andere Fragen in den Mittelpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte rücken. Zum Beispiel:

- Wir verfügen bereits über eine Reihe bewährter Lösungen für soziale und ökologische Probleme. Warum setzen sie sich nicht durch? Was hemmt ihre Umsetzung? Wie können wir diesen Hindernissen entgegen treten?
- Wir leben in der Gesellschaft der Innovation und des „flexiblen Menschen“. Was macht sie so schwerfällig vor der drohenden globalen Krise?
- Auch eine Wissens- und Informationsgesellschaft wie unsere kann katastrophale Entscheidungen treffen:

Wir wollen weiter wachsen, obwohl wir wissen, wohin das führt. Wie können wir das erklären?

- Die größten Gefahren für die Menschheit gingen bisher hauptsächlich von den „entwickelten“ Ländern aus - und nicht aus den „unterentwickelten“. Wie kann sich die Nachhaltigkeit in einem nicht-nachhaltigen kulturellen Kontext entfalten? Hat die kulturelle Führung des Westens immer noch Bestand? Was können wir von anderen Kulturen lernen?
- In der Geschichte lernten die Menschen oft nach der Erfahrung der Katastrophe. Wie können die Menschen a priori lernen, bevor es zu spät ist?

Keine neue Technologie kann solche wichtigen Fragen beantworten. Bei der Frage der Nachhaltigkeit geht es nicht um die Befriedigung wachsender Bedürfnisse, sondern und vor allem um die Vorbeugung vor „evolutionären Sackgassen“ in der Entwicklung unserer Gesellschaft. Der Soziologe Jürgen Habermas würde Nachhaltigkeit als „soziale Evolution“ definieren und die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft am Niveau ihrer Lernkompetenz und ihrer Lernmechanismen bemessen. Der Weg zu einer besseren Gesellschaft ist also ein Lernprozess, bei der Aspekte wie soziale Ungleichheit, Demokratie, Werteinstellungen oder Emotionen eine zentrale Rolle spielen.

Die eigentliche Gefahr für unsere Zukunft liegt nicht bei den biophysischen Grenzen, sondern in der Missachtung der menschlichen Grenzen, unserer eigenen.

Davide Brocchi

Der Autor ist 1969 in Rimini geboren, 1992 nach Deutschland eingewandert und lebt heute als Sozialwissenschaftler und freier Journalist in Köln. Er ist Mitgründer des Netzwerks Kulturattac und des Instituts Cultura21 (www.cultura21.de).

Anzeige

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

Portraits und Statements der G8er-Bewegung LIMA-Ausstellung Foto: M. Schulte von Glöner

LIMA: NETZE KNÜPFEN Linke Wagenburgmentalität hat keine Konjunktur · Auch alternative Medien haben ihren Preis · Arbeiterfotografie Köln: »Ein Gegenpol zur bürgerlichen Berichterstattung« · Cirica-Diskussion: »Das beste Beispiel für linksradikale Pressearbeit« · Politische Kommunikation: Eine muss es sagen – Bascha Mika · HauptstadtjournalistInnen: Bedrängte Wichtigtuer · Linke Medienpolitik in der »Mediokratie« · Gesteuerte Medien,

gesteuerte Politik · Web 2.0: Das Dorffest im Internet **HANDWERK** »Bude« auf Insel Rügen soll bleiben **UMSONST-ÖKONOMIE** Eine Selbstkritik der Umsonstläden **GENTECHNIK** Aufklärungsserie über den Filz in der deutschen Gentechnik, Teil 2: Der Filz begann in Gatersleben... **VENEZUELA** Kooperativenverbund: Gesundheitszentrum von Cecosola eröffnet **ARCHIVE** Das etwas andere Erinnerung: Die Bedeutung freier Archive **GENO** Gründergenossenschaft Witten · Handeln für Veränderung: act for transformation eG **u.v.m.**

Archiv CD & Reader der AlternativMedien
web: www.contraste.org/archiv-cd.htm

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org